

Hinhalten, verurteilen, aussortieren: Verfolgung Andersdenkender in der BRD

Hansgeorg Hermann

Ein gnadenloses Regime gegen vermeintliche Feinde der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung im öffentlichen Dienst führten vor allem Bundesländer, in denen Ministerpräsidenten der CDU oder, wie in Bayern, der CSU verdächtige Bewerber oft Jahre hinhalten, vor Verwaltungsgerichte zerren und am Ende aussortieren ließen. Wie zum Beispiel in Niedersachsen. Dort hatte Ernst Albrecht – Vater der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen – 1976 vermutlich durch Stimmenkauf die SPD/FDP-Koalitionsregierung gestürzt und sich selbst zum Ministerpräsidenten wählen lassen.

Für Aufmerksamkeit im benachbarten Ausland sorgte er in seiner bis 1990 dauernden Amtszeit nicht nur mit seinem scharfen Vorgehen gegen den hoch angesehenen hannoverschen Hochschullehrer Peter Brückner, sondern zunächst mit der Auswahl seiner Minister und der Besetzung der Fraktionsführung im Landtag. Zeitweiliger Alleinherrscher in seinem CDU-Landesverband, gönnte er sich den Altnazi Wilfried Hasselmann als Innenminister und somit auch höchstamtlichen Kontrolleur möglicher »linksextremer« Postboten, Polizisten oder Gefängniswärter. Den Fraktionsvorsitz schlug Albrecht seinem politischen Ziehvater und Gönner Bruno Brandes zu, einem Rechtsanwalt und Strippenzieher, der im Mai 1933, pünktlich zur Machtübernahme der Nazis, Adolf Hitlers Parteigenosse Nummer 3.063.690 geworden war.

Dafür, dass Professor Brückner aus dem Hochschuldienst ausgeschlossen wurde, sorgte Albrecht – wie Zeitungen in Hannover seinerzeit berichteten – höchstpersönlich. Zum Verhängnis wurde dem beliebten Lehrer, dass er glaubte, das Recht der Meinungsfreiheit gelte unter dem CDU-Chef auch im Zusammenhang mit den gewaltsamen Aktivitäten der Rote Armee Fraktion (RAF), deren bleierne Zeit passenderweise mit dem Radikalenerlass zusammenfiel. Brückner hatte einen Text des anonymen Pamphletschreibers »Mescalero« aus Göttingen veröffentlicht und seinen Studenten zur Diskussion gestellt, in dem der Autor den Mord an dem damaligen Generalbundesanwalt Siegfried Buback – auch er ein ehemaliger Nazi – mit »nicht verhehlter« (...) »klammheimlicher Freude« kommentiert hatte.

Weniger spektakulär, aber den Lebenslauf eines anständigen Menschen bestimmend, war der Fall des ehemaligen Verwaltungsbeamten auf Probe, Gerd-Rolf Rosenberger. In einer Mail an die junge Welt schilderte Rosenberger am vergangenen Donnerstag, wie er 1971 in die seit 1968 – unter dem Druck des Auslands – unter dem Namen DKP wieder zugelassene Kommunistische Partei eingetreten war und sich damit seine Chancen auf eine Übernahme in den zumindest mittleren Dienst verbaut hatte. Nach einem zweijährigen Studium an einer Fachhochschule für Sozialarbeit versuchte er vier Jahre lang vergeblich – inzwischen galten Radikalenerlass und Regelnachfrage –, wieder zurück in den öffentlichen Dienst zu kommen. Es blieben ihm Gelegenheits- und Kurzeitbeschäftigungen, unter anderem als Altenpfleger bei der Inneren Mission in Bremen. Fazit des heutigen Pensionärs Rosenberger: »Schon ein Unterschied, ob du 1.200 Euro Rente monatlich bekommst statt 2.000!«

<https://www.jungewelt.de/artikel/419036.berufsverbote-hinhalten-verurteilen-aussortieren-verfolgung-andersdenkender-in-der-brd.html>